



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung am
27.02.2018
*öffentlich***

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale),

Zeit: 17:00 Uhr bis 18:19 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Yvonne Winkler	Ausschussvorsitzende Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM
Harald Bartl	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Andreas Hajek	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) Teilnahme ab 17:08 Uhr
Ulrich Peinhardt	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) Teilnahme ab 17:15 Uhr
Dr. Ulrike Wünscher	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) Vertreterin für Herrn Cierpinski
Dirk Gernhardt	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Elisabeth Nagel	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Katharina Hintz	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Gottfried Koehn	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Herr Marko Rupsch	Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
Steffen Ahrens	Sachkundiger Einwohner
Martin Bauersfeld	Sachkundiger Einwohner
Jens Breitengraser	Sachkundiger Einwohner
Ernst Josef Peter Dehn	Sachkundiger Einwohner
Lothar Dieringer	Sachkundiger Einwohner
Herr Anton Schumann	Sachkundiger Einwohner

Verwaltung

Dr. Bernd Wiegand	Oberbürgermeister
Sabine Ernst	Leiterin Büro des Oberbürgermeisters
Dr. Petra Sachse	Leiterin Dienstleistungszentrum Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung
Dirk Lindemann	Leiter Ansiedlungsmanagement

Gäste:

Dr. Regina Schöps	Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM
-------------------	--

Entschuldigt fehlten:

André Cierpinski	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Renate Krimmling	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Mark Lange	Sachkundiger Einwohner
Frau Nicole Ramin	Sachkundige Einwohnerin

zu Einwohnerfragestunde

Es gab keine Einwohneranfragen.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung wurde von **Frau Winkler** eröffnet.

Sie stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Nagel bat um Vertagung des TOP

- 6.1. Anfragen der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Umsetzung des Wirtschaftsförderungskonzeptes der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2018/03788 ,

da die Antwort der Verwaltung kurzfristig vorgelegt wurde und sie sich erst mit deren Inhalt vertraut machen muss.

Zu der Vertagung gab es einstimmige Zustimmung durch die anwesenden Mitglieder.

Es gab keine weiteren Anmerkungen, sodass **Frau Winkler** um Abstimmung der geänderten Tagesordnung bat.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt:

3. Genehmigung der Niederschrift vom 30.01.2018
4. Beschlussvorlagen
- 4.1. Absichtserklärung zur Gründung einer interkommunalen Arbeitsgemeinschaft zur Vorbereitung einer regionalpolitischen Entscheidung zum Projekt „Saale-Elster-Kanal“
Vorlage: VI/2018/03739
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 5.1. Antrag der Stadträt*innen Dr. Regina Schöps und Yvonne Winkler (MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM), Marko Rupsch (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Dr. Detlef Wend (SPD), Anja Krimmling-Schoeffler (DIE LINKE) und Ulrich Peinhardt (CDU/FDP) zur Verbesserung des Schutzes der Bevölkerung vor kommunikationsinduzierter

elektromagnetischer Strahlung
Vorlage: VI/2018/03718

- 5.2. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erstellung eines
Tourismuskonzeptes für die Stadt Halle
Vorlage: VI/2018/03719

6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

- 6.1. Anfragen der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Umsetzung des
Wirtschaftsförderungskonzeptes der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2018/03788 **vertagt**

7. Mitteilungen

- 7.1. Europäische Metropolregion Mitteldeutschland - Aktuelle Projekte in den Arbeitsgruppen

8. Beantwortung von mündlichen Anfragen

- 8.1. Anfragen Frau Nagel zur Informationsvorlage vom 30.01.2018

- 8.2. Anfrage Frau Hintz zum STAR Park

- 8.3. Anfrage Herr Bauersfeld zum STAR Park

- 8.4. Anfrage Herr Bauersfeld zu einer Ausstellung im Stadtmuseum

9. Anregungen

- 9.1. Themenspeicher

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 30.01.2018

Es gab keine Anmerkungen zur öffentlichen Niederschrift vom 30. Januar 2018, sodass **Frau Winkler** um Abstimmung bat.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

zu 4 Beschlussvorlagen

- zu 4.1 Absichtserklärung zur Gründung einer interkommunalen
Arbeitsgemeinschaft zur Vorbereitung einer regionalpolitischen
Entscheidung zum Projekt „Saale-Elster-Kanal“
Vorlage: VI/2018/03739**
-

Frau Dr. Sachse führte in die Vorlage der Verwaltung ein.

Herr Lindemann ergänzte anhand einer Präsentation zum „Saale-Elster-Kanal“.

Die Präsentation ist in Session hinterlegt.

Herr Bauersfeld sagte, dass er nicht sieht, welches Interesse die Stadt Halle (Saale) damit verfolgt. Die Saale ist eine Bundeswasserstraße bis Merseburg. Er hält eine Trägerschaft für Halle (Saale) für nicht angebracht.

Herr Lindemann machte deutlich, dass mit dieser Absichtserklärung zunächst eine interkommunale Arbeitsgruppe auf den Weg gebracht werden soll. Diese soll unter anderem eine touristische Nutzung prüfen und untersetzen.

Herr Rupsch fragte, ob es bereits vergleichbare Beispiele für die Entwicklung einer Wasserstraße gibt.

Herr Lindemann nannte den Fluss Lahn, welcher durch drei Bundesländer fließt und erläuterte dies.

Herr Bauersfeld sagte, dass die Saale nicht über die notwendige Wassertiefe für größere Schiffe verfügt und eine Schleuse als Notwendigkeit gesehen wird, wofür wiederum Investitionsmittel notwendig sind.

Herr Lindemann erläuterte, dass der Saale-Elster-Kanal über eine Wassertiefe von 3,60 m verfügt. Zum Thema Schleuse gibt es bereits eine Studie mit einem entsprechenden Modell.

Herr Bartel erklärte, dass hier bereits in zweiter und dritter Ebene gedacht wird. Er hält die Bildung einer Arbeitsgruppe zur Klärung der offenen Fragen für einen guten Schritt.

Herr Schumann fragte, in welcher Höhe sich eine Investition hierzu bewegen würde und wollte wissen, mit welcher Fördersumme zu rechnen wäre.

Herr Lindemann antwortete, dass es dazu zunächst die Voruntersuchungen geben muss; zu Zahlen können daher noch keine Aussagen getroffen werden.

Herr Bauersfeld merkte an, dass die Ausgaben für die Stadt erträglich bleiben müssen.

Frau Ernst sagte, dass mit der Absichtserklärung zunächst allein personelle Ressourcen verbunden sind. Die Verwaltung wird in der Arbeitsgruppe mitarbeiten. Fördermittel etc. können erst dargestellt werden, wenn das Ergebnis aus der Arbeitsgruppe vorliegt.

Herr Rupsch bat um konkrete Aussagen zu personellen Ressourcen.

Frau Ernst teilte mit, dass Herr Lindemann dieses Projekt begleiten wird und die Verwaltung für bestimmte Recherchen etc. ebenfalls zur Verfügung stehen wird.

Frau Winkler warb dafür, dieses Projekt zu unterstützen und nicht auszubremsen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, bat **Frau Winkler** um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis SKE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR: mehrheitlich zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat ermächtigt den Oberbürgermeister zur Unterzeichnung der Absichtserklärung zur Gründung einer interkommunalen Arbeitsgemeinschaft zur Vorbereitung einer regionalpolitischen Entscheidung zum Projekt „Saale-Elster-Kanal“.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 5.1 Antrag der Stadträt*innen Dr. Regina Schöps und Yvonne Winkler (MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM), Marko Rupsch (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Dr. Detlef Wend (SPD), Anja Krimmling-Schoeffler (DIE LINKE) und Ulrich Peinhardt (CDU/FDP) zur Verbesserung des Schutzes der Bevölkerung vor kommunikationsinduzierter elektromagnetischer Strahlung
Vorlage: VI/2018/03718**

Herr Rupsch brachte den fraktionsübergreifenden Antrag ein. Er wollte von der Verwaltung wissen, bei welchen Punkten diese wirtschaftliche Auswirkungen sieht.

Frau Ernst sagte, dass der Antrag in Punkt 3 auf Ausschreibungen abzielt. Sie fragte, welche Überlegungen es dazu von den Antragstellern gibt.

Frau Winkler erläuterte beispielhaft, dass St. Gallen in der Schweiz Modellcharakter haben könnte. Dort läuft dies über die Stadtwerke und WLAN ist überall zu bekommen.

Frau Dr. Schöps sah ebenfalls die Umsetzung in St. Gallen als positives Beispiel an. Der Antrag zielt nicht auf Ausschreibungen ab. Die Stadt soll ein Konzept erarbeiten. Die Information der Bevölkerung kann über eine entsprechende Öffentlichkeitsarbeit erfolgen.

Herr Dehn wies darauf hin, dass die Quellenangabe im Antrag zum Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes vom 30.08.2012 (BVerwG 4 C 1.11) damit nichts zu tun habe. Eine Strahlenbelastung kann durch eine sinnvolle Nutzung von Geräten vermieden oder so gering wie möglich gehalten werden.

Frau Ernst wies darauf hin, dass die Bürgerinitiative im Paulusviertel in Zusammenarbeit mit der Verwaltung eine Veranstaltung im Stadthaus durchgeführt hat. Die Verwaltung ist demnach sensibilisiert. Die Zuständigkeit der Stadt bei der Mobilfunkversorgung sei nicht gegeben.

Frau Dr. Schöps antwortete, dass mit dem Antrag erreicht werden soll, dass der Stadtrat der Verwaltung den Auftrag gibt, nach möglichen kabelgebundenen Lösungen zu suchen. Auf einen Mobilfunkmasten haben Einwohner keine Möglichkeit Einfluss zu nehmen, bei einer Handynutzung schon. In der Begründung des Antrages wurde das Anliegen zum Konzept erläutert.

Frau Ernst sagte, dass sie das Anliegen eher als Prüfauftrag an die Verwaltung versteht. Aus Sicht der Verwaltung ist unklar, was das geforderte Konzept leisten soll.

Herr Rupsch erläuterte das Anliegen der Antragsteller zu dem gewünschten Konzept. Das Konzept soll die strukturelle und informelle Einflussnahme aufzeigen.

Frau Ernst verwies darauf, dass dies einer Bestandsaufnahme entspricht.

Frau Dr. Schöps fragte, ob eine Vertagung des Antrages als sinnvoll angesehen wird. Als Nichtmitglied dieses Ausschusses könne sie diesen Geschäftsordnungsantrag jedoch nicht stellen.

Sie sprach an, dass ein Konzept nicht aus vielen Seiten bestehen muss, hier würden sicher eine entsprechende Karte und einige Seiten genügen.

Frau Nagel sprach an, dass bei einer eventuellen Vertagung die Antragsteller gegebenenfalls ihren Antrag modifizieren und eine Beschränkung auf die Wirtschaftlichkeit erfolgen sollte. Dies sollten die Antragsteller im Gespräch mit der Verwaltung klären.

Herr Dehn machte nochmals deutlich, dass sowohl die Begründung zur Mobilfunkversorgung als auch das benannte Urteil durch die Antragsteller nochmals betrachtet werden sollten, da diese inhaltlich nicht korrekt dargestellt wurden. Er verwies in diesem Zusammenhang auf die Bundesimmissionsschutzverordnung.

Frau Dr. Wünscher fragte, mit welchem Ziel eine Vertagung des Antrages verfolgt wird und wie lange diese Vertagung sein soll.

Herr Rupsch sagte, dass über wirtschaftliche Auswirkungen gesprochen werden sollte.

Herr Dieringer erklärte, dass es keine wirtschaftlichen Auswirkungen auf die Wirtschaftskraft der Stadt Halle (Saale) gibt.

Frau Dr. Schöps sagte, dass das Thema Digitalisierung sehr wohl ein Thema in diesem Ausschuss sei. Dazu zählt auch die Bereitstellung technischer Innovation. Eine Vertagung könnte ein Gespräch mit der Verwaltung ermöglichen.

Da kein Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung gestellt wurde, bat **Frau Winkler** um Abstimmung des Antrages.

Abstimmungsergebnis SKE: **mehrheitlich zugestimmt**

Abstimmungsergebnis SR: **mehrheitlich abgelehnt**

Beschlussempfehlung:

Zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor Gesundheitsrisiken durch Mobilfunkstrahlung beauftragt der Stadtrat die Stadtverwaltung mit folgenden Vorsorgemaßnahmen im Rahmen ihrer gesetzlichen Möglichkeiten:

1. Die Stadt Halle erarbeitet ein Mobilfunk-Vorsorgekonzept.
2. Die Stadt Halle strebt die Reduzierung bzw. Vermeidung lokal hoher Belastungen durch Konzentration von Mobilfunkantennen an bevorzugten Standorten an und nutzt dazu ein Dialogverfahren mit den Mobilfunkbetreibern zur Einigung über bestehende und geplante Standorte von Mobilfunkanlagen.
3. Die Stadt Halle informiert die Bevölkerung durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit und Kampagnen über die Risiken elektromagnetischer Strahlung und über Möglichkeiten, diese zu reduzieren.

4. Die Stadt Halle verwendet bei der Neuinstallation oder Erneuerung von Kommunikationsinfrastruktur in Verwaltung, Kindergärten, Schulen und Bibliotheken möglichst kabelgebundene Lösungen.

zu 5.2 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erstellung eines Tourismuskonzeptes für die Stadt Halle
Vorlage: VI/2018/03719

Frau Ernst ging auf die Stellungnahme der Verwaltung zu dem Antrag ein. Hier wurde deutlich gemacht, dass die bevorstehende Besetzung einer/s neuen Geschäftsführerin/s des Stadtmarketings berücksichtigt und diese/r hierbei einbezogen werden sollte.

Sie fragte, ob der Antragsteller der vorgeschlagenen Zeitschiene der Verwaltung folgen kann. Durch Herrn Voß wurden zudem im ersten Halbjahr Leitlinien vorgelegt, auf denen das Konzept aufsetzen kann.

Herr Rupsch dankte für die Stellungnahme. Er wollte wissen, wann mit der Besetzung der Geschäftsführerstelle im Stadtmarketing zu rechnen sei.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass nach der Ausschreibung eine Auswertung der eingegangenen Bewerbungsunterlagen erfolgt und die weiteren Verfahrensschritte abgestimmt werden. Zu dem Vorschlag der Verwaltung wies er beispielhaft auf die Neueinstellung des Zoodirektors hin, welcher seinerzeit die Möglichkeit erhielt, eigene Ideen bei der Neuausrichtung des Zoos einzubringen.

Er schlug vor, den Termin im Antrag auf den 01.04.2019 zu setzen.

Herr Bartl brachte als Mitglied des Beirates der Stadtmarketing GmbH zum Ausdruck, dass er den Gedanken, den neuen Geschäftsführer mit zu involvieren, nachvollziehen kann. Er wollte wissen, welche Änderungen im neuen Konzept berücksichtigt werden sollen.

Frau Ernst antwortete, dass das Konzept u.a. auf die Fördermöglichkeiten Bezug nehmen soll.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand kündigte an, dass er im nicht öffentlichen Teil näher informieren kann.

Herr Bauersfeld sagte, dass auch private Akteure im Bereich Stadtmarketing tätig sind. Er wollte wissen, wie deren Ideen mit einfließen können.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass er den Antrag so verstanden habe, dass es hier um den Konzern geht. Durch die Beteiligungsmanagementanstalt (BMA) wird die mögliche Zusammenführung von EVG und Stadtmarketing geprüft, um das Für und Wider abzuwägen. Diese Ergebnisse sollten dort mit einfließen.

Herrn Bauersfeld fragte, wie auf Grund der verschiedenen Akteure ein gemeinsames Konzept entwickelt werden kann.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand erläuterte, dass es darum geht, das Stadtmarketing mit anderen Zielorientierungen zu versehen. Eventuell werden durch die neue Geschäftsführung neue Impulse gesetzt.

Herr Rupsch erklärte, sich mit seiner Fraktion hinsichtlich des vorgeschlagenen Datums verständigen zu wollen und dies bis zur Sitzung des Kulturausschusses abzuklären. Er bat zunächst um Abstimmung des vorliegenden Antrages, unter Berücksichtigung des grundsätzlichen Einverständnisses zur geänderten Zeitschiene.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, bat **Frau Winkler** um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis SKE: **mehrheitlich zugestimmt**

Abstimmungsergebnis SR: **einstimmig zugestimmt**

Beschlussempfehlung:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, ein Tourismuskonzept zu erstellen. Die Eckpunkte und Schwerpunktsetzung des Konzeptes werden dem Stadtrat im April 2018 zur Bestätigung vorgelegt. Die Beschlussfassung über das Konzept erfolgt im November 2018.

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten lagen nicht vor, da der TOP 6.1 vertagt wurde.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Europäische Metropolregion Mitteldeutschland - Aktuelle Projekte in den Arbeitsgruppen

Frau Ernst stellte aktuelle Projekte in den Arbeitsgruppen der Europäischen Metropolregion Mitteldeutschland anhand einer Präsentation vor.

Die Präsentation ist in Session hinterlegt.

Es gab keine Wortmeldungen.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 8.1 Anfragen Frau Nagel zur Informationsvorlage vom 30.01.2018

Frau Nagel übergab der Verwaltung acht Fragen in schriftlicher Form und bat um deren Beantwortung bis zur nächsten Sitzung.

Frau Ernst sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

Die Fragen wurden in Session hinterlegt.

zu 8.2 **Anfrage Frau Hintz zum Star Park**

Frau Hintz erinnerte an die noch offene Beantwortung ihrer Anfrage zum Star Park.

Frau Ernst teilte mit, dass im Star Park 13 Firmen mit aktuell 1.200 Mitarbeitern ansässig sind. 10 Firmen zahlen Gehälter über dem Mindestlohn, zu 3 Firmen liegen der Verwaltung keine Angaben vor.

zu 8.3 **Anfrage Herr Bauersfeld zum Star Park**

Herr Bauersfeld erinnerte an die Beantwortung seiner Anfrage zum Star Park.

Frau Ernst sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 8.4 **Anfrage Herr Bauersfeld zu einer Ausstellung im Stadtmuseum**

Herr Bauersfeld erinnerte an seine Frage, in welchem Umfang die Stadt Halle von den Aktivitäten während des Reformationsjubiläums 2017 profitiert hat. Des Weiteren fragte er, wie groß der wirtschaftliche Erfolg der Ausstellung „Pilgerreise nach Mekka“ im Stadtmuseum Halle war.

Frau Ernst verwies auf die umfangreiche Zuarbeit von Partnern. Eine Beantwortung könne daher voraussichtlich erst im April erfolgen.

zu 9 **Anregungen**

zu 9.1 **Themenspeicher**

Frau Winkler verwies auf den hinterlegten Themenspeicher in Session und fragte nach eventuellen Ergänzungswünschen. Diese gab es nicht.

Frau Winkler beendete den öffentlichen Teil der Ausschusssitzung und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Yvonne Winkler
Ausschussvorsitzende

Uta Rylke
Protokollführerin